

Umweltschutz:

Qualifizierung für den Umweltschutz

Voraussetzung für eine aktive Umweltpolitik in den neuen Bundesländern

Tibor Adler, Hilde Biehler-Baudisch

Analysen der Umweltsituation in den neuen Bundesländern lassen zunehmend das Ausmaß der Betroffenheit der Menschen in den Problemregionen deutlich werden. Ihre Lebenssituation durch umfassende Sanierungsmaßnahmen rasch zu verbessern, ist dringend erforderlich, wobei aber vermieden werden muß, das Know-how und Bewußtsein der Beteiligten einseitig auf nachsorgenden oder kompensatorischen Umweltschutz auszurichten. Langfristig ist eine aktive Umweltpolitik erforderlich, die zum Ziel hat, „End-of-the-pipe-Maßnahmen“ durch Präventionsstrategien zu ersetzen. Das würde bedeuten, in der Wirtschaftsplanung Umweltbelange nicht unter „ferner liegen“ zu behandeln, sondern sie konsequent als wichtigen Faktor einzubeziehen. Voraussetzung dafür ist die Entwicklung von Umweltbewußtsein und umweltbezogener Handlungskompetenz bei allen Beteiligten. Die Gestaltung und Umsetzung dieser bildungspolitischen Aufgabe mußte in den neuen Bundesländern unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse, der Bedürfnisse und des Bewußtseins der Bevölkerung geleistet werden.

Sanierung ist erforderlich . . .

Ein hoher ökologischer Problemdruck ist in den neuen Bundesländern unstrittig und der Bedarf an vielfältigen Umweltschutzmaßnahmen entsprechend groß, z. B. im Gewässerschutz, bei der Trinkwasserversorgung, im Immissionschutz, auf dem Entsorgungssektor und bei der Sanierung von Industrie- und Militärstandorten einschließlich ihrer Deponien. Die Energiewirtschaft führte aufgrund der vorwiegenden Stromerzeugung aus Rohbraunkohle zu erheblichen Umweltbelastungen. Berechnungen für das Jahr 1988 zufolge lag die ehemalige DDR hinsichtlich der Gesamtemissionen an Schwefeldioxid und Kohlendioxid pro Einwohner an der Weltspitze.¹⁾ Für diesen Bereich liegen Untersuchungen vor, die ausgehend von dem im internationalen Vergleich einmaligen Strukturwandel, für den Kraftwerkspark Modernisierungskonzepte vorstellen, die die Emissionen von Schwefeldioxid und Staub um über 90 Prozent und die von Kohlendioxid um rund ein Viertel bis knapp die Hälfte reduzieren würden.²⁾ Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage nach einer Umweltpolitik, die über nachgeschaltete Entsorgungstechnik und Entsorgungsbürokratie hinausgeht und bei Technologie und Produktionsweisen systematisch auf ökologische Umrüstung mit forcierter Innovationstätigkeit abzielt.

Damit ist weniger die Förderung von Einzelprojekten gemeint — so sinnvoll und notwendig sie auch sein mögen — sondern eine aktive Umweltpolitik, die unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern und in Verbindung mit Struktur-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik gestaltet wird. Internationale Vergleiche belegen, daß Erfolge in der Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik sich durchaus nicht ausschließen.³⁾ Positive Beispiele für das Gegenteil sind Japan und Schweden, die den starken Strukturwandel der 70er Jahre mit hoher (Japan) und steigender (Schweden) Beschäftigung bei gleichzeitigen Erfolgen im Umweltschutz bewältigt haben. Für andere Länder sah die Bilanz des Strukturwandels in der Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik weniger günstig aus. Das Zusammentreffen von Erfolgen in beiden Bereichen wird weniger auf unmittelbare Zusammenhänge zurückgeführt, sondern mehr auf Rahmenbedingungen, die beides — Umweltschutz und hohe Beschäftigung — begünstigen und durch eine erfolgreiche Strukturpolitik weg von den Schornsteinindustrien hin zu wissensintensiven Produktionsweisen geschaffen werden. Eine derartige Strukturpolitik schließt eine weitblickende Wirtschaftsplanung ein, während sich kurzfristige Zeitperspektiven und das Übergewicht industrieller Son-

derinteressen kontraproduktiv auswirken.

Zur Zeit steht das Problem der Sanierung im Vordergrund. Die Bundesregierung sieht in der Umweltsanierung eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern. Neben einem Umweltschutz-Sofortprogramm, vor allem zur kurzfristigen Schaffung neuer Arbeitsplätze, geht es dabei um ein langfristiges Aktionsprogramm „ökologischer Aufbau“ mit langfristig angelegten Maßnahmen und entsprechenden positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.⁴⁾ Dies ist mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung.

. . . aber nicht ausreichend

Um den Weg zum ökologischen Umbau der Wirtschaft fortzusetzen, ist eine aktive, kooperative Industriepolitik erforderlich, die Umweltinteressen als wichtigen Faktor einbezieht und auf breiter Ebene den Übergang zu ökologisch angepaßten Produktionsweisen und Produkten zum Ziel hat. Dies beinhaltet eine konsequente Förderung und Realisierung von Produkt- und Verfahrensinnovationen, die Belastungen von vornherein reduzieren oder ausschalten. Die ökologische Umgestaltung erfordert eine Abkehr von Sichtweisen, die sich auf einzelne Erscheinungen in der Umwelt beschränken bzw. die Wechselseitigkeit von Ursachen und Wirkungen nicht „zu Ende denken“. „Die Fähigkeit, ‚vernetzt‘ zu denken und die komplizierte Ganzheitlichkeit des Ökosystems abstrakt zu erfassen, muß gelernt werden. Dabei geht es nicht darum, die mit dem schnellen technischen und sozialen Wandel verbundene Informationsflut aufzuhäufen, sondern um die Entwicklung einer neuen Denkfähigkeit“.⁵⁾ Hierfür und zugleich für die Umsetzung einer aktiven Umweltpolitik kann die Umweltbildung einen wesentlichen Beitrag leisten.

Qualifizierung für eine aktive Umweltpolitik

Die Entwicklung einer tragfähigen Konzeption für Umweltbildung muß

allerdings die gegenwärtige Haltung zu Umweltfragen in den neuen Bundesländern als Ausgangspunkt berücksichtigen. In der ehemaligen DDR fanden Diskussionen von Umweltfragen in den Medien, offene Berichterstattung über Mißstände und Probleme, Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und Politisierung von Umweltfragen praktisch nicht statt. Diese für die Sensibilisierung für die Umweltproblematik wesentlichen Faktoren haben gefehlt. So nimmt es nicht wunder, daß in einer vom Bundesumweltamt und Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Befragung Bür-

ger der damaligen DDR die Situation der Umwelt in ihrem Land zwar deutlich schlechter als Bewohner der alten Bundesländer einschätzten, Konsumbedürfnisse jedoch das Problembewußtsein zunächst überlagerten; subjektiv wurde die Umweltsituation verdrängt.⁶⁾ Mangelnde Erfahrungen in der Selbstorganisation von Bürgern bezüglich des Umweltschutzes (z. B. Forderung nach Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen) aber auch die Probleme der Existenzsicherung beeinträchtigen zudem die Bereitschaft, selbst etwas für den Umweltschutz zu tun.⁷⁾

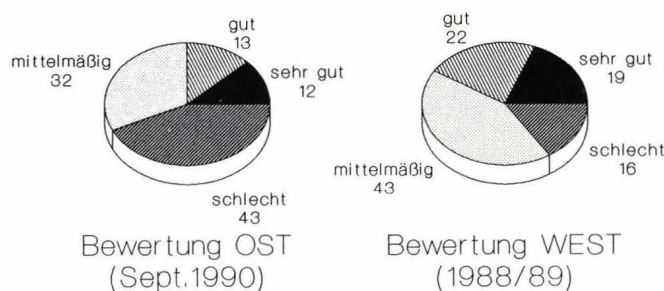
sprüchlichkeiten als Faktoren beruflicher Tätigkeit zu begreifen und zu bewältigen.⁹⁾

Zur inhaltlichen Ausfüllung und für die praktische Umsetzung hierfür besteht in den neuen Bundesländern ein besonderer Bedarf an Konzepten, die sich an den regionalen Verhältnissen und an den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen orientieren. Es ist zweifelhaft, ob Erkenntnisse aus Umweltbildungsprojekten in den alten Bundesländern ohne weiteres auf die neuen Bundesländer übertragen werden können; außerdem ist zu fragen, wie viele der Angebote der zahlreichen Träger und Einrichtungen für Fort- und Weiterbildung in den neuen Bundesländern letztlich einen qualitativen Beitrag für den „ökologischen Umbau“ leisten.

Die Qualifizierung zum umweltbewußten Wirtschaften und Arbeiten kann nach Ansicht der Verfasser nicht durch punktuelle Bildungsmaßnahmen aufgebaut werden. Ein Aktionsprogramm „Berufliche Umweltbildung“¹⁰⁾ müßte initiiert werden und bei der Realisierung konsequent die Beteiligung der Betroffenen und Aufbau und Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit zum Ziel haben. Die wichtigsten Programmpunkte sind hier angedeutet. Ihre konkrete Ausformulierung müßte von den Beteiligten in den neuen Bundesländern geleistet werden:

- Aufbau eines Informationssystems „Berufliche Umweltbildung“ in den neuen Bundesländern (berufsübergreifende Grundinformationen, Informationen zur Umweltsituation, Institutionen für Umweltbildung, Möglichkeiten zur berufsbezogenen Qualifizierung für den Umweltschutz)
- Förderung von Maßnahmen der beruflichen Umweltbildung für den Erwerb von zusätzlichen Qualifikationen im Bereich umweltfreundlicher Technologien, Abfallentsorgung, Recycling, Natur- und Landschaftsschutz, Maßnahmen zur Energieeinsparung etc.

Umweltbewertung Vergleich alte und neue Bundesländer



Ost 872 Personen/West 4.956 Personen

Trotz einer verhältnismäßig strengen Umweltgesetzgebung in der DDR hat der Umweltschutz in der Praxis nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Hier müssen Bildungs- und Informationsprozesse ansetzen. Auch in der beruflichen Umweltbildung kann auf praktische Erfahrungen nur bedingt aufgebaut werden: In einer Untersuchung des vormaligen Zentralinstituts für Berufsbildung wird hierzu u. a. festgestellt, daß seit 1982 in den neuen Lehrplänen der Berufsausbildung Ansätze zur Integration umweltrelevanter Inhalte durchaus vorhanden sind, Inhalte der Ressourcennutzung jedoch überwiegend in ihren ökonomischen Wirkungen gesehen wurden. Ökologische Probleme wur-

den daher nur zaghaft angedeutet und hatten sich in der Regel der Ökonomie unterzuordnen.⁸⁾

Die Richtung einer Qualifizierungspolitik für möglichst viele berufliche Tätigkeiten für die Entwicklung einer „umweltbezogenen Handlungskompetenz“ wurde oft beschrieben: Sie schließt neben den technisch-fachlichen Qualifikationen Umweltbewußtsein als zukunftsgerichtete, moralisch-ethische Orientierung ebenso ein wie arbeitsinhaltliche Motivation und die Bereitschaft, umweltbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten auch in der beruflichen Tätigkeit umzusetzen. Die Handlungskompetenz äußert sich auch in der Fähigkeit, Konflikte zu ertragen und Wider-

- Verankerung der Umweltthematik in allen Bildungsbereichen (Schulen, berufliche Bildung, Weiterbildung, Hochschulen)
- Förderung eines Innovationsprogramms für berufliche Umweltbildungsmaßnahmen (vornehmlich Förderung von Ausbildungsmodellen in Klein- und Mittelbetrieben etwa durch Arrangements für situationsbezogenes Lernen am Arbeitsplatz, Förderung von Qualifizierungsmodellen zur präventiven und innovativen Gestaltung von Arbeit und Technik)
- Gründung eines Zentrums „Beruf und Umwelt“ in einem der neuen Bundesländer oder im Ostteil von Berlin (Aufgaben: Entwicklung von Materialien für berufliche Umweltbildung einschließlich zielgruppenspezifischer Aufbereitung, Multiplikatorenschulung; Seminare für Bildungspersonal für berufliche Umweltbildung, Durchführung von beruflichen Umweltbildungsmaßnahmen zur Aktivierung von Lernenden zur Entwicklung von Sozialkompetenz.

⁶⁾ Hier ist auch der gelegentlich beobachtete Effekt zu bedenken, daß langfristige Gewöhnung an Umweltbelastungen eine Verringerung des Gefährdungsbewußtseins bewirken kann. Vgl. dazu Bogun, R.; Osterland, M.; Warszewa, G.: Was ist überhaupt noch sicher auf der Welt. Arbeit und Umwelt im Risikobewußtsein von Industriearbeitern, Berlin 1990, S. 16.

⁷⁾ Vgl. IST-Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik: Die Umweltsituation Ostdeutschlands in den Augen seiner Bürger, F + E-Vorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes. Vervielf. Manuskript. Berlin/Heidelberg 1990.

⁸⁾ Vgl. Mettin, G.: Analysebericht zum Stand der Umwelterziehung in der Berufsbildung mit

Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit, Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR, unveröff. Manuskript, Berlin 1990.

⁹⁾ Vgl. z. B. Adler, T.; Biehler-Baudisch, H. u. a.: Empfehlungen zur Beruflichen Bildung, In: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schutz der Erdatmosphäre — eine Herausforderung an die Bildung; zur Umsetzung der Empfehlungen der Bundestags-Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ in das Bildungssystem, Bonn 1990.

¹⁰⁾ Der Vorschlag wurde im Bundesinstitut für Berufsbildung erstellt und über den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zugeleitet.

Berufsbildungsforschung:

Berufsbildungsforscher analysieren Umstrukturierungsprozeß der Berufsbildung in den neuen Bundesländern

Brigitte Seyfried

Für die neuen Bundesländer bedeutet die Übernahme der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Berufsbildung der alten Bundesländer eine radikale Umstellung der bisher gewohnten beruflichen Ausbildungsinhalte und -organisation. In unmittelbarem Zusammenhang damit müssen drängende und aktuelle Probleme der Berufsausbildung gelöst werden. In der ersten Phase eines 4/91 beginnenden Forschungsprojektes zum „Übergang der Berufsausbildung“ sollen durch Prozeß- und Strukturanalysen „Frühwarnindikatoren“ herausgearbeitet werden, die auf bestehende und während des Umstellungsprozesses neu entstandene Problemlagen aufmerksam machen. Die Ergebnisse dieser ersten Projektphase sollen gleichzeitig der Vorbereitung von zwei repräsentativen Erhebungen zu quantitativen und qualitativen Fragen der Gestaltung der Berufsausbildung in den Ausbildungsstätten der neuen Bundesländer dienen.

Hier knüpft dieses Forschungsprojekt an inzwischen abgeschlossene Untersuchungen zur Qualität der betrieblichen Ausbildungsgestaltung in den alten Bundesländern an.¹⁾

Nachfolgend werden in groben Zügen die Untersuchungsziele, das methodische Vorgehen sowie die grundlegenden Annahmen des Forschungsprojektes beschrieben.

Die Übernahme des Berufsbildungs- und Berufsbildungsförderungsgesetzes sowie deren Folgeeregungen fordert von allen für die Berufsausbildung verantwortlichen Institutionen, Organisationen, Personen sowie Betrieben, Unternehmen und Ausbildungsstätten in den neuen Bundesländern Anpassungsleistungen unterschiedlichsten Umfangs und Niveaus. Dieses um so mehr, als der Umwandlungsprozeß einer zentral geplanten und gelenkten Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft ein Konversionsprozeß ohne historisches Vorbild ist. Die Dimensionen der Problemlagen — ihre Tiefe und Breite — machen die Folgenabschätzung für struktur-, beschäftigungs- und arbeitsmarkt-

politische Interventionen schwierig. Die Grundlagen und Gewohnheiten der sozialistisch ausgerichteten Berufsbildung sind weggefallen und die marktwirtschaftliche Umorientierung auch in diesem zentralen gesellschaftlichen Bereich erfordert von allen an der Berufsausbildung Beteiligten Änderungen der Verhaltens- und Handlungsmuster. Anpassungsdruck und -aufgaben dürften dort in besonderem Maße anfallen, wo sich die Berufsbildungssysteme beider Teile Deutschlands trotz Ähnlichkeiten in der Zielsetzung und der Lernortdualität von Betrieb und Berufsschule, insbesondere hinsichtlich der Verantwortlichkeiten und Grundlagenstrukturen unterscheiden haben²⁾ (z. B. bei der Vertei-

Anmerkungen

¹⁾ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit BMU: Umwelt 1988, Nr. 9, S. 394, 396

²⁾ Vgl. Mez, L.; Jänicke, M.; Pöschke, J.: Die Energie-situation in der vormaligen DDR. Darstellung, Kritik und Perspektiven der Elektrizitätsversorgung; erweitertes und aktualisiertes Gutachten im Auftrag der Partei Die GRÜNEN, Fraktion Die GRÜNEN im Bundestag und Fraktion der Alternativen Liste Berlin. Berlin 1991.

³⁾ Vgl. Jänicke, M.: Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 3/90. Neben dem Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und Beschäftigung werden Bezüge zur Sozialpolitik sowie als Erfolgsbedingungen Problemdruck, Modernisierungskapazität, Wirtschaftsleistung, Konsensfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Strategiefähigkeit untersucht. Hier wird nicht verkannt, daß die Dimensionen des Strukturwandels in den neuen Bundesländern Vergleiche erheblich erschweren oder sogar verbieten. Trotzdem können die Ergebnisse Orientierungshilfen bei der Entwicklung von Konzepten sein.

⁴⁾ Vgl. z. B. Pressemitteilungen des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 7/91 vom 19. 2. 1991, 35/91 vom 17. 5. 1991 und 42/91 vom 18. 6. 1991.

⁵⁾ Roth, K.: Ökologische Verantwortung der Gewerkschaften — Strategien für die Umgestaltung der Produktion — In: Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes 12/1989, Sonderdruck der IG Metall, S. 5.